



Antrag

der Abgeordneten **Sabine Gross, Ruth Müller, Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bericht zur Vergabe der Mittel für den sozialen Wohnungsbau

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr schriftlich und mündlich über die Vergabe der Mittel der sozialen Wohnraumförderung, insbesondere der einkommensorientierten Förderung (EOF), zu berichten.

Der Bericht soll unter anderem folgende Aspekte beleuchten:

- Entwicklung der für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stehenden Mittel (Bundes- und Ländermittel) seit 2023
- Verteilung der Mittel sowohl auf die verschiedenen Förderarten (u. a. EOF, Aufwendungsorientierte Förderung – AOF sowie Mietwohnraum und Eigenheimförderung) als auch regional (Zuweisungen an die verschiedenen Bewilligungsstellen) seit 2023
- Entwicklung von Anträgen und Bewilligungen (inklusive vorzeitiger Maßnahmenbeginn) seit 2023
- aktueller Sachstand bei den EOF-Mitteln (u. a. Auszahlungen, Bewilligungen, Antragsaufkommen 2025)
- Perspektiven für die EOF 2025 und 2026

Begründung:

Verschiedene Faktoren, wie der Einbruch des frei finanzierten Wohnungsbaus und das zunehmende Engagement der BayernHeim als neuer großer Akteur auf dem Feld des Mietwohnungsbaus, haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Nachfrage im Bereich der sozialen Wohnraumförderung, speziell der einkommensorientierten Förderung, stark gestiegen ist. Inzwischen ist das Förderprogramm sehr stark überzeichnet. Aufgrund der Überhänge sollen – mit Ausnahme von Einzelfällen – 2025 und womöglich auch 2026 keine neuen Anträge bewilligt werden.

Für Kommunen, Wohnungsbauunternehmen und letztlich auch für alle Menschen, die eine bezahlbare Wohnung suchen, stellt diese Situation ein großes Problem dar. Aufgrund der Planungsunsicherheiten müssen laufende Projektplanungen gestoppt werden, Baubeginns- und Fertigstellungsziele können nicht erreicht werden, durch größere Verzögerungen kann die Wirtschaftlichkeit von Baumaßnahmen nicht mehr gegeben sein, Investoren könnten sich zurückziehen.

Das Ziel des hier beantragten Berichts sollte insbesondere sein, Transparenz über die aktuelle Situation der Vergabe der EOF-Mittel zu schaffen und Perspektiven für die Mittelvergabe 2025 und 2026 aufzuzeigen.